

Niederschrift

über die 12. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus, Freizeit, Sicherheit und Ordnung

Sitzungstag: 08.02.2024
Sitzungsort: Gröschler-Haus
Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 19:07 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Stellvertretender Vorsitzender
Ulferts, Kai

Ausschussmitglieder

Berghaus, Beate

Haartje-Graalfs, Christina

Janßen, Dieter

Neidels, Oliver de

Remmers, Jenny

Schüdzig, Herbert

Vertretung für Frau Andrea Remmers
Anwesend bis TOP 11

Grundmandat

Raquet, Sibylle

Verwaltung

Christoffers, Heike

Meile, Manfred

Schwarz, Jörg

als Protokollführerin

Gäste

Eilers, Nina

Peters, Hartmut

Entschuldigt waren:

Vorsitzende

Remmers, Andrea

Hinzugewählte Mitglieder

Kreye, Knut

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.

TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Der stellvertretende Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ausschussmitglieder fest.

TOP 3. Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 4. Feststellen der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt beschlossen.

TOP 5. Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Der stellvertretende Vorsitzende unterbricht die Sitzung, um anwesenden Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, Fragen von allgemeinem Interesse an die Ausschussmitglieder zu stellen.

Eigene Zuständigkeit:

TOP 6. Vorstellung "Virtuelle Synagoge" Vorlage: MV/0629/2021-2026

Herr Hartmut Peters und Frau Nina Eilers vom Arbeitskreis GröschlerHaus stellen die virtuelle Rekonstruktion der im Jahr 1880 erbauten und durch den NS-Novemberprogramm 1938 durch Brandstiftung zerstörten Synagoge in Jever vor. Die „virtuelle Synagoge“ präsentiert das jüdische Gotteshaus in 3D-Visualisierung mittels VR-Brille sowie auf einem Monitor in 2D. Herr Peters berichtet von den wissenschaftlichen Grundlagen und dem Prozess der Rekonstruktion, an dem auch jüdische Nachfahren beteiligt gewesen sind. Ferner zeigt er den Anwesenden die im April 2023 eröffnete Dauerausstellung „Die Juden von Jever und ihre Synagoge“ sowie die erhaltenen Teile der Mikwe (Tauchbecken) und der jüdischen Schule. Das GröschlerHaus mit der „virtuellen Synagoge“ diene nicht nur als authentischer Lernort zur Darstellung der Geschichte der Juden in Friesland, sondern könne auch als imaginäre Versammlungsstätte für die Nachfolgemeinschaft der Juden von Jever verstanden werden.

Herr de Neidels nimmt die Möglichkeit wahr, die virtuelle Realität der jeverschen Synagoge mittels VR-Brille selbst zu begehen. Er findet die Darstellung sehr beeindruckend und detailgetreu und kann das Wahrnehmungserlebnis nur empfehlen.

Der stellvertretende Vorsitzende bedankt sich für die Präsentation, lobt die gelungene, virtuelle Rekonstruktion der Synagoge und wünscht dem GröschlerHaus viele Besucherinnen und Besucher.

Zur Kenntnis genommen.

**TOP 7. Kinderkulturarbeit;
 Berichterstattung
 Vorlage: MV/0630/2021-2026**

Frau Christoffers berichtet über die bisher geleistete Kinderkulturarbeit seit Beginn der Übernahme im Oktober 2022 durch die Fachabteilung 3.02 und gibt einen Ausblick auf die bereits geplanten Veranstaltungen für das Jahr 2024. Das bunte Kinderkulturprogramm biete Abwechslung für nahezu jede Altersklasse (vom Kinderkartenkind bis zum Abiturienten). Frau Christoffers freut sich darüber, dass die Angebote für die Kinder gut angenommen werden. Dies würden die Besucherzahlen und zum Teil lange Wartelisten bei den Ferienpassaktionen zeigen.

Herr de Neidels kann bestätigen, dass die organisierten Veranstaltungen bei den Kindern gut angekommen seien.

Herr Janßen lobt die gute Arbeit und freut sich besonders darüber, dass auch die Kinder in den Außenbereichen (Kindergarten Moorwarfen und Cleverns) berücksichtigt werden. Er bemerkt, dass es sich bei der Kinderkulturarbeit um eine freiwillige Aufgabe der Stadt handle und findet es gut, dass den Kindern trotz Haushaltsknappheit viel geboten werde.

Auch **Frau Haartje-Graalfs** äußert sich anerkennend über das vielfältige, altersübergreifende Kinderkulturprogramm.

Frau Berghaus erkundigt sich, ob das Budget für die Kinderkulturarbeit ausreiche. **Frau Christoffers** antwortet, dass die Kosten für die Veranstaltungen (Honorare etc.) größtenteils durch die Einnahmen finanziert werden könnten. Die Höhe der Eintrittsgelder regle die Entgeltordnung.

Zur Kenntnis genommen.

Zuständigkeit des Rates:

**TOP 8. Neufassung der Entgeltordnung für die Aufführungen der Landesbühne
 Niedersachsen Nord der Stadt Jever im Theater Am Dannhalm
 Vorlage: BV/0631/2021-2026**

Herr Schwarz trägt aus der Beschlussvorlage vor und führt aus, dass die letzte Entgelterhöhung für die Aufführungen der Landesbühne bereits fünf Jahre zurückliege. Die Verwaltung und die Landesbühne vertreten die Meinung, dass eine Anpassung der Eintritts- und Abonnementpreise in Jever dringend notwendig und durchaus legitim sei. Dies zeige auch ein

Vergleich mit dem Stadttheater Wilhelmshaven, welches für die gleiche Aufführung einen deutlich höheren Eintrittspreis verlange. Herr Schwarz führt weiter aus, dass bisher noch keine Ermäßigung für Schwerbehinderte vorgesehen war. Im Zuge der zweistufigen Preis-anpassung sei nun erstmalig eine Entgeltordnung erstellt worden, die alle Vergünstigungen und Regelungen zum Verkauf und Umtausch von Eintrittskarten sowie Ausgabe von Freikarten klar regelt. Herr Schwarz hebt abschließend hervor, wie moderat die vorgesehene Entgelterhöhung sei.

Da es keine Wortmeldungen gibt, lässt **der stellvertretende Vorsitzende** sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der der Anlage im Entwurf beigefügten Neufassung einer Entgeltordnung für die Aufführungen der Landesbühne Niedersachsen Nord GmbH im Theater Am Dannhalm wird zugestimmt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses:

TOP 9. Vorstellung Konzept Bahnhofsvorplatz Erinnerungsorte Vorlage: BV/0636/2021-2026

Herr Hartmut Peters stellt die von ihm entworfene Stele vor, die im Rahmen des Projektes „Erinnerungsorte in Friesland“ auf dem Bahnhofsvorplatz installiert werden soll. Der Entwurf ist der Anlage des Protokolls beigefügt. Die Idee für eine Erinnerungsstele am Bahnhof ist im Zuge der Benennung des Bahnhofsvorplatzes nach Fritz Levy entstanden. Der Entwurf sieht die Darstellung des Bahnhofsviertels auf der linken und die Abbildung des Viehhändlers und letzten Juden von Jever, Fritz Levy, auf der rechten Seite vor.

Herr Janßen findet den Entwurf sehr gut, bemängelt jedoch die falsche Information „Das inmitten fruchtbarer Marsch gelegene Jever“ und korrigiert, dass Jever am Geestrand liegen würde.

Frau Raquet hält eine korrekte Formulierung ebenfalls für sehr wichtig und unterbreitet Vorschläge.

Herr Peters sagt zu, eine Verbesserung vorzunehmen.

Auf Nachfrage von **Frau Jenny Remmers** äußert sich **Herr Peters** zu den Kosten. Die Kosten für die Produktion mit Designerhonorar würden im unteren vierstelligen Bereich liegen, zuzüglich der Kosten für die Anbringung durch den Bauhof. **Herr Schwarz** ergänzt, dass die Haushaltsmittel für die Erinnerungsstele zur Verfügung stehen würden.

Sodann lässt **der stellvertretende Vorsitzende** über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den der Niederschrift beigefügten Entwurf von Hartmut Peters für eine Erinnerungsstele auf dem Bahnhofsvorplatz umzusetzen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 10. Ausweisung von Parkplätzen für einfach gehbehinderte Menschen;
Antrag der CDU-Fraktion vom 11. Februar 2023
Vorlage: BV/0639/2021-2026**

Herr Schwarz geht auf den Antrag der CDU-Fraktion auf Ausweisung von Parkplätzen für einfach gehbehinderte Menschen ein. Anhand einer Power-Point-Präsentation demonstriert er die bereits vorhandenen Behindertenparkplätze. Er erklärt, dass die mit dem Rollstuhl beschilderten Plätze ausschließlich für Inhaberinnen und Inhaber eines blauen Parkausweises nutzbar seien. Herr Schwarz begründet, weshalb die Verwaltung von einer Beschilderung „mit Ausweis“ abrät und vielmehr empfiehlt, geeignete Parkplätze mit der Beschilderung „Parkplatz für Gehbehinderte“ zu kennzeichnen. Ferner informiert er, dass in der Bahnhofstraße gegenüber des Restaurants Tsingtau bereits eine verkehrsrechtliche Anordnung seitens des Landkreises Friesland bestehe, die dortige Beschilderung aufzuheben. Der Bauhof sei schon damit beauftragt worden, eine entsprechende Beschilderung vorzunehmen. Eine Beschilderung mit dem Zusatz „für Schwerbehinderte“ gebe es beispielsweise bereits vor der Firma Hanschen in der Mühlenstraße. Diese Beschilderung sei zwar keine Garantie, erhöhe aber die Chance für einen freien Platz in der unmittelbaren Nähe z.B. eines Sanitätshauses für den betroffenen Personenkreis. Herr Schwarz führt weiter aus, dass die Verwaltung die über die gesamte Stadt verteilten Behindertenparkplätze prüfen werde, welche für eine derartige Beschilderung in Frage kommen (z.B. vor der Tourist-Information einen Parkplatz für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer belassen und einen Parkplatz für Gehbehinderte einrichten). Er gibt jedoch auch zu bedenken, dass diese Beschilderung kein amtliches Zusatzzeichen sei und auch von Personen ohne Ausweis genutzt werden könnten. Eine Kontrolle oder Ahndung sei nur im Rahmen einer ggfs. bestehenden Parkgebührenpflicht möglich. Dem Landkreis Friesland und der Polizeiinspektion Wilhelmshaven / Friesland seien diesbezüglich allerdings keine nennenswerten Probleme in anderen Kommunen auf der ostfriesischen Halbinsel mit derartigen Beschilderungen bekannt.

Herr Schüdzig findet den Vorschlag der CDU-Fraktion sehr gut. Er widerspricht jedoch, dass Kontrollen durchaus möglich seien, da der orangefarbene Ausweis ausgelegt werden müsse.

Frau Haartje-Graalfs erläutert die Voraussetzungen für den Erwerb eines orangefarbenen Parkausweises und stellt klar, dass eine Beschilderung für Schwerbehinderte unabhängig vom Vorliegen eines Parkausweises angedacht sei. Auch sie begrüßt den Vorschlag der CDU-Fraktion. Sie glaubt, dass die Beschilderung Unberechtigte abschrecken werde, dort zu parken.

Herr Schwarz will wissen, ob eine Gebührenpflicht oder -befreiung seitens der Politik gewünscht sei.

Frau Raquet sieht wie die übrigen Ausschussmitglieder von einer Gebührenpflicht aufgrund der Entfernung zum Parkscheinautomaten ab.

Herr Meile erkundigt sich, ob die Nutzung der Behindertenparkplätze zeitlich eingeschränkt werden soll.

Herr Schüdzig informiert, dass er als Inhaber eines orangefarbenen Parkausweises keine Parkgebühren zahlen müsse und seine Parkdauer unbegrenzt sei.

Herr de Neidels ergänzt, dass tatsächlich nur der soziale Druck Unberechtigte davon abhalten könne, die Behindertenparkplätze zu nutzen und stellt einen Vergleich zu Frauenparkplätzen her.

Frau Jenny Remmers sieht wie **Frau Haartje-Graalfs** kein großes Problem darin, dass Unbefugte die Schwerbehindertenparkplätze nutzen könnten.

Frau Raquet ist anderer Meinung. Ihren Ausführungen zufolge stellen sich auch viele Unberechtigte ungeachtet der Beschilderung auf Behindertenparkplätze. Frau Raquet möchte wissen, ob es eine Erhebung über die freibleibenden Behindertenparkplätze in der Stadt gebe.

Herr Schwarz antwortet, dass es eine allgemeine Erhebung über Parkplätze, nicht jedoch explizit für Schwerbehindertenparkplätze gebe. Seiner Einschätzung nach stehe aber immer eine ausreichende Anzahl von Behindertenparkplätzen stundenlang zur Verfügung. Herr Schwarz meint, dass es immer einige wenige geben werde, die sich nicht von Schildern abhalten ließen.

Herrn Schüdzig gefällt die Formulierung „für einfach gehbehinderte Menschen“ im Beschlussvorschlag nicht und schlägt „für gehbehinderte Menschen“ vor.

Frau Haartje-Graalfs will die Formulierung noch allgemeiner halten und empfiehlt die Bezeichnung „Schwerbehinderte“.

Herr Janßen vertraut den Aussagen der Fachleute und befürwortet den Beschlussvorschlag. Ferner schlägt er vor, nach zwei Jahren erneut zu prüfen, ob sich die Beschilderung bewährt habe.

Im Einvernehmen mit den übrigen Ausschussmitgliedern lässt **der stellvertretende Vorsitzende** über den geänderten Beschlussvorschlag wie folgt abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete bestehende Behindertenparkplätze in Parkplätze mit der Beschilderung „Schwerbehinderte“ umzuwandeln.

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 11. Neuordnung des Fahrradverkehrs in Jever;
Antrag des Seniorenbeirats Jever vom 23.10.2023
Vorlage: BV/0637/2021-2026**

Herr Schüdzig verlässt die Sitzung.

Herr Schwarz geht auf den Antrag des Seniorenbeirats Jever ein, eine Neuordnung des Fahrradverkehrs in Jever vorzunehmen. Er schildert kurz die Problematik, die von der gemeinsamen Nutzung zahlreicher Bürgersteige von Radfahrerinnen und Radfahrern sowie (älteren) Fußgängerinnen und Fußgängern ausgehe. Ferner führt er die Vorschläge weiter aus, die dem Seniorenbeirat unterbreitet worden seien.

Herr de Neidels stimmt den Vorschlägen der Verwaltung grundsätzlich zu. Er bemerkt, dass die Beschilderung „Radfahrer frei“ auf dem Gehweg am Amtsgericht bereits demontiert worden sei. In seinen Augen hätten Fahrräder auf Gehwegen nichts zu suchen, oftmals gebe es allerdings keine Alternative. Herr de Neidels führt weiter aus, dass der Rahmenplan Wallanlagen die Graften nur als Park zum Flanieren vorsehe, die Wege an den Graften aber eine wichtige Verkehrsrouten darstellen würden. Er bemängelt, dass die Altstadt in weiten Teilen nicht gut mit dem Rad nutzbar und eine Durchquerung lediglich über die Fußgängerzone möglich sei. Die Prinzenallee als Alternativroute sei breit genug, aber entlang des Elisabethufers beispielsweise gebe es keine Alternative. An der ehemaligen B210 sei kein Platz für einen Zweirichtungsradweg und die Straße Am Wall aufgrund des Kopfsteinpflasters nicht nutzbar. Herr de Neidels meint, zur Attraktivierung des Radverkehrs gehörten auch kürzere Wege. Der Fuß- und Radverkehr sollte nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Herrn Janßen freut es, dass sich der Seniorenbeirat bei der Radfahrplanung mit einbringe. Er führt aus, dass eine hohe Summe im Haushalt für den Radfahrplan eingestellt worden sei und dass große Maßnahmen wie beispielsweise Radvorrangroute, Änderungen im Bereich Schützenhofstraße / Bahnhofstraße und Fahrradabstellanlage auf dem Programm stünden. Herr Janßen unterstützt den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Frau Raquet schließt sich der Meinung von **Herrn de Neidels** an. Auch sie ist mit der Verkehrsführung an den Graften nicht einverstanden.

Sodann lässt **der stellvertretende Vorsitzende** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die mit dem Seniorenbeirat besprochenen Punkte umzusetzen. Diese sind:

- **Die Auswirkungen des Sanierungskonzeptes auf die gemeinsame Nutzung von Fußgängerinnen und Fußgängern sowie Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern auf Gehwegen abzuwarten.**
- **Im Arbeitskreis „Fahrrad“ einzelne Gehwege (beginnend beim Sophienstift) in Bezug auf eine ausschließliche Nutzung von Fußgängerinnen und Fußgängern zu besprechen und nach Empfehlung des Arbeitskreises gegebenenfalls Änderungen vorzunehmen.**
- **Rücksprache mit der Polizei bezüglich verstärkter Kontrollen zu halten.**
- **Im April 2024 eine gemeinsame Aktion von Polizei, Seniorenbeirat und Verwaltung in der Gr. Wasserportstraße durchzuführen. Diese soll auf die rechtlichen Vorschriften sowie die Rechte und Pflichten bei der gemeinsamen Nutzung von Gehwegbereichen hinweisen.**

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 12. Oratorienkonzert der Stadtkantorei Jever;
Zuschussantrag der Stadtkantorei Jever vom 19. Januar 2024
Vorlage: BV/0638/2021-2026**

Da es keine Wortmeldungen gibt, lässt **der stellvertretende Vorsitzende** unmittelbar über den Zuschussantrag der Stadtkantorei Jever abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Jever gewährt der Stadtkantorei Jever einen Zuschussbetrag für das Oratorienkonzert am 17. März 2024 von maximal 2.500 Euro.

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Eigene Zuständigkeit:

TOP 13. Genehmigung des Protokolls Nr. 11 vom 30.11.2023 - öffentlicher Teil -

Das Protokoll wird mit 5 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

TOP 14. Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

TOP 15. Anfragen und Anregungen

Herr Janßen bemängelt den Zustand des Sandeler Padd auf jeverscher Seite, welcher dringend freigeschnitten werden müsste.

Anmerkung der Verwaltung: Die Abteilung 4 wurde in Kenntnis gesetzt.

Herr Janßen erinnert an den Auslauf des Leitbildes 2025 sowie an die Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans.

Herr Janßen will wissen, weshalb der Weihnachtsmarkt nicht länger geöffnet habe. Herr Schwarz antwortet, dass die Standbetreiber aus personellen Gründen dazu nicht in der Lage wären. Um den Weihnachtsmarkt noch attraktiver zu gestalten, plane die Verwaltung eine Ausweitung um die Fläche rund um den Sagenbrunnen.

Weiterhin erkundigt sich **Herr Janßen** nach einem Sachstandsbericht der Klimaschutzbeauftragten.

Herr Janßen kritisiert die schlechte Arbeitsleistung der Glasfaserverlegung in der Stadt (Pflasterarbeiten). Herr Schwarz pflichtet ihm bei, dass diese täglich Probleme bereiten und einen enormen Mehraufwand für die Verwaltung bedeuten würde. So müssten beispielsweise Ordnungswidrigkeitsmaßnahmen wegen Nichteinhaltung von Genehmigungen (Container) eingeleitet werden.

Herr Janßen bittet die Verwaltung darum, die Rundbank beim Sagenbrunnen herzurichten.

Außerdem regt **Herr Janßen** an, eine Oldienacht mit DJ für über Sechzigjährige auf dem Schlossvorplatz zu wiederholen.

Zuletzt bittet **Herr Janßen** im Hinblick auf den Neubau der Kindertagesstätte in Rahrdum darum, dass das Personal im Container in Cleverns frühzeitig über mögliche Versetzungen

in Kenntnis gesetzt werde. **Herr Meile** weist darauf hin, dass der Träger für die Einrichtung auf dem Rist die Diakonie sei. Er versichert ferner, dass die Verwaltung sich im regelmäßigen Austausch mit den Kindergartenleitungen befinde und das betroffene Personal rechtzeitig informiert werde. Aufgrund des hohen Bedarfs könnten alle bei der Stadt angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin beschäftigt werden.

Frau Haartje-Graalfs geht auf den von der FDP-Fraktion gestellten Antrag ein, den Weihnachtsmarkt um einen Handwerkermarkt zu ergänzen und spricht in diesem Zusammenhang die Möglichkeit eines verkaufsoffenen Sonntags an.

Herr Schwarz weist auf die begrenzten Platzkapazitäten auf dem Alten Markt hin.

Frau Raquet kann sich gut vorstellen, den Handwerkermarkt beispielsweise an einem extra Tag oder Wochenende auf dem Kirchplatz oder Schlossplatz zu veranstalten. Sie bittet darum, den Handwerkermarkt auf die Tagesordnung in einer der nächsten Ausschusssitzungen zu setzen.

Frau Haartje-Graalfs erkundigt sich nach dem Planungsstand des Kiewittmarktes bzw. Fahrradaktionstages. **Herr Schwarz** informiert, dass in der kommenden Woche diesbezüglich ein Pressetermin anstehe und das Programm außerdem ausführlich in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses vorgestellt werde. Er gibt bereits einen kleinen Vorgeschmack auf die vielen geplanten Aktionen in der dafür weiträumig gesperrten Innenstadt. **Frau Haartje-Graalfs** wünscht sich, dass nicht nur die Innenstadt davon profitiere, sondern der „Flow“ auch bis zum Kirchplatz reiche. Sie hofft, dass etliche Multiplikatoren angesprochen worden seien und viele Gelegenheit hätten, sich auf dem Fahrradaktionstag zu präsentieren.

Herr de Neidels erkundigt sich nach dem Sachstand des Verkehrskonzeptes zur autoarmen Innenstadt. **Herr Schwarz** informiert, dass nächste Woche ein Treffen mit dem Planungsbüro, der Abteilung 4 sowie dem Bürgermeister anstehe.

Ferner fragt **Herr de Neidels** nach den Prüfungsergebnissen der Datenerhebung zum Tempo 30 in der Anton-Günther-Straße ab Bahnhof. Er bittet außerdem um Prüfung, ob ein Tempo 30 auch in der Adolf-Ahlers-Straße realisiert werden könne, da dort vergleichsweise ähnliche Bedingungen vorliegen würden.

Herr de Neidels erkundigt sich nach dem nächsten Treffen des Arbeitskreises „Radverkehr“. **Herr Schwarz** informiert, dass dieses voraussichtlich im März stattfindet.

Außerdem will **Herr de Neidels** wissen, wie der Stand der geplanten Fahrradabstellanlage am Graffenhaus sei. Herr Schwarz verweist auf die Abteilung 4.

Herr de Neidels erinnert daran, sich als fahrradfreundliche Stadt zu bewerben und verweist auf die AGFK (Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen).

Zuletzt äußert **Herr de Neidels**, dass er im letzten Haushaltsvorbericht die Rubrik „Auswirkungen auf den Radverkehr“ vermisst habe und regt an, diese zukünftig auf den Sitzungsvorlagen aufzunehmen.

TOP 16. Schließen der öffentlichen Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:58 Uhr.

Anlagen:

Zu TOP 8:

- Entwurf Entgeltordnung Landesbühne

Zu TOP 9:

- Entwurf Erinnerungsstele Bahnhofsvorplatz

Genehmigt:

Kai Ulferts

Vorsitzender

Manfred Meile

Allg. Vertreter
des Bürgermeisters

Heike Christoffers

Protokollführerin